

Inland

Politiker sprechen vom Gewissen - handeln aber nicht nur danach

Allen Ethikdebatten zum Trotz beurteilen Schweizer Politiker den Niederschlag der Ethik in der Politik als zu gering. Das zeigt die erste «Ethikbilanz in der Schweizer Politik».

Von Michael Meier

Fragt man die Politiker, nach welchen Kriterien sie entscheiden, so verweisen fast alle auf ihr Gewissen und ihre Orientierung am Gemeinwohl. Das spiele eine zentrale Rolle. Zugleich finden aber über drei Viertel der Befragten, die Schweizer Politik sei eher von Gruppeninteressen als vom Gemeinwohl bestimmt. Diese Kluft zwischen Selbst- und Fremdwahrnehmung ist eines der frappantesten Ergebnisse einer gross angelegten Umfrage unter Schweizer Politikern. «Mit dieser Einschätzung stellen die Befragten sich und ihren Kolleginnen und Kollegen kein gutes Zeugnis aus», heisst es denn auch in der Studie «Ethik 2006 - Ethikbilanz in der Schweizer Politik», die gestern an einer Ethiktagung mit Bundesrat Samuel Schmid vorgestellt wurde.

Verfasser der Studie sind Forscher des Lassalle-Instituts in Zusammenarbeit mit Soziologen der Universität Zürich und anderen Experten. Das Lassalle-Institut richtet sich an Führungskräfte in Wirtschaft, Politik und anderen Bereichen der Gesellschaft auf der Basis von Zen und Spiritualität.

Über 800 Politiker befragt

Für die im letzten Jahr durchgeführte Studie wurden die Antworten von über 800 Politikerinnen und Politikern ausgewertet (insgesamt waren fast 3700 Personen angeschrieben worden). Dabei zeigte sich, dass sich Politiker der Linken stärker an der Umfrage beteiligten als Politiker des rechten Parteienspektrums. Die meisten der befragten Politiker sitzen in einem kantonalen Parlament, aber auch Regierungsräte sowie National- und Ständeräte beteiligten sich.

Die meisten unter ihnen sind der Ansicht, dass das politische Handeln kaum ethischer geworden ist - trotz aller Ethikkommissionen und -debatten. Eine Mehrheit von 63 Prozent ist mit der Entwicklung unzufrieden. Von den SVP-Vertretern abgesehen, wünschen sich die meisten Politiker Massnahmen, um ethisches Handeln zu fördern - etwa mit Aus- und Weiterbildungsprogrammen in Schulen aller Stufen.

Kritik am Finanzdepartement

Die Departemente des Bundes schneiden bei den Befragten mit Ausnahme des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport schlecht ab - am schlechtesten das Finanzdepartement. Überall wird der ethische Handlungsbedarf als hoch taxiert - vor allem im Bildungs- und Gesundheitswesen und bei den

Finanzen. Der Zuger Regierungsrat Hanspeter Uster nannte an einem Podium die Steuern und den Rohstoffhandel mit der Dritten Welt als drängende ethische Fragen für den Finanz- und Handelsplatz Zug.

Die Politiker wurden auch danach gefragt, wie stark die ethischen Werte ihrer Ansicht nach in die Asylpolitik einfließen. 59 Prozent der Befragten (vor allem aus Linksparteien) finden, die Asylpolitik sei unterdurchschnittlich von ethischen Überlegungen bestimmt. 41 Prozent (vor allem aus der SVP) sind gegenteiliger Ansicht. Die SVP ist auch die einzige Partei, die in der Asylpolitik die Innere Sicherheit über die Menschenrechte stellt. Bei der Frage, welche Werte und Massnahmen in der Asylpolitik zu berücksichtigen seien, halten über 90 Prozent die Entwicklungshilfe in den Herkunftsländern sowie friedensfördernde und -erhaltende Massnahmen für zentral. Die gute Absicht scheitert aber oft am Budget, sagt Regula Grünenfelder, Theologin und Mitautorin der Studie.

Gewissen vor Kirche

Die grosse Mehrheit der befragten Politiker ist der Meinung, nicht eine äussere Instanz, wie etwa die Kirchen, gebe ethisch den Ton an - die Verantwortung liege vielmehr bei jedem Einzelnen und dessen Gewissen. Auffallend ist, dass rechte Politiker ihr Ethikverständnis stärker auch auf Gesetze, Normen und gültige Verhaltensweisen stützen als linke. Schliesslich nennen die Politiker als Referenzpunkt ihrer persönlichen Ethik neben dem Gewissen fast ebenso oft die «Verantwortung für Erde und Kosmos» und «humanistische Prinzipien».

Lassalle-Institut (Hrsg.): Ethik 2006. Ethikbilanz in der Schweizer Politik. NZZ Libro, Zürich 2006. 200 Seiten, 38 Franken.